

Statement

von

Dr. Reinhard Dörfler
Hauptgeschäftsführer
des
Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

anlässlich

der
Bayerischen Konjunkturpressekonferenz
am 11. Juni 2007, 10:30 Uhr
Clubraum

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Aufschwung in der bayerischen Wirtschaft hält an und die Unternehmen fast aller Branchen sind auf weiteres Wachstum eingestellt. Insbesondere das Inlandsgeschäft hat kräftig zugelegt. Die Unternehmen wollen noch mehr investieren und Mitarbeiter beschäftigen als zu Jahresbeginn. Das ist das Ergebnis der aktuellen BIHK-Konjunkturumfrage unter gut 3.000 bayerischen Unternehmen.

Der BIHK-Index, der Lage und Erwartungen der bayerischen Unternehmen in einem Wert zusammenfasst, hat den historischen Höchststand vom Februar 2007 nochmals leicht übertroffen. Nach dem stürmischen Anstieg um 8 Punkte zu Jahresbeginn ist er jetzt noch um einen Punkt auf aktuell 129 Punkte geklettert.

Obwohl vor allem die Bauwirtschaft und der Handel aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung zum Teil deutliche Umsatzeinbrüche haben, fällt die Lagebeurteilung insgesamt nur geringfügig schlechter aus als zu Jahresbeginn. Immer noch 44 % (45 %) der Unternehmen

bezeichnen die aktuelle Geschäftssituation als gut, nur 10 % (8 %) sind unzufrieden.

Für die kommenden Monate überwiegt der Optimismus. Mit einer weiterhin positiven Geschäftsentwicklung rechnen jetzt 31 % (29 %), nur noch 6 % (9 %) sind pessimistisch. Die Hoffnungen der Wirtschaft ruhen dabei zunehmend auf dem Inlandsgeschäft. Dagegen haben sich in den vergangenen Monaten die hohen Erwartungen an den Export nicht ganz erfüllt, so dass die Unternehmen ihre Pläne leicht nach unten revidiert haben.

Industrie – Inlandsgeschäft ist zusätzliches Standbein

Die bayerischen Industrieunternehmen beurteilen die aktuelle Geschäftslage zum sechsten Mal in Folge besser. Über die Hälfte der Unternehmen, 53 % (51 %), ist mit der aktuellen Geschäftssituation zufrieden, nur 7 % (6 %) bezeichnen sie als schlecht.

Trotz der insgesamt positiven Stimmung sind die Industrieunternehmen mit der Exportent-

wicklung nicht ganz zufrieden, denn die Auslandsaufträge sind seit Jahresbeginn zurückgegangen. Die Ursache liegt einerseits in der leichten Abkühlung der Weltwirtschaft und dem deutlich gesunkenen Wachstum der US-Wirtschaft. Andererseits hat der starke Euro die Exporte in das außereuropäische Ausland spürbar verteuert.

Aufgrund dieser Rahmenbedingungen hat die Industrie ihre Exporterwartungen nach unten korrigiert. Im Inlandsgeschäft hingegen steigt der Optimismus weiter an: 34 % (32 %) der Industrieunternehmen rechnen damit, dass die Binnennachfrage anzieht, nur 8 % (12 %) befürchten abnehmende Auftragsvolumen.

Bauwirtschaft – Einbruch durch Steuererhöhung

Die Bauwirtschaft leidet erheblich unter der Mehrwertsteuererhöhung. Nur noch 27 % (49 %) der Unternehmen berichten von einem insgesamt gestiegenen Auftragsvolumen, 26 % (11 %) mussten Rückgänge verzeichnen. Der Saldo aus gestiegenen und ge-

sunkenen Umsatzmeldungen stürzte um 37 Punkte auf aktuell +1 Punkt (+38 Punkte) ab.

Während die schwache Nachfrage im privaten Wohnungsbau und im öffentlichen Bau seit Monaten anhält, haben sich die Aufträge im Wirtschaftsbau auf hohem Niveau stabilisiert.

Insgesamt glauben die Bauunternehmen nicht daran, dass sich die Situation in den kommenden Monaten wesentlich verbessert. Vor allem im Wohnungsbau besteht wenig Hoffnung. Einziger Lichtblick bleibt der Wirtschaftsbau.

Großhandel – Chancen im Inland

Die große Zuversicht der Großhändler zu Jahresanfang hat etwas nachgelassen. Niedrigere Umsätze im In- und Ausland haben dafür gesorgt, dass nur noch 48 % (55 %) der Unternehmen eine gute Geschäftslage melden. Der Anteil der unzufriedenen Großhändler ist leicht auf 8 % (6 %) gestiegen.

Die Branche hofft allerdings, künftig auch von der anziehenden Binnenkonjunktur zu profitieren. Über die Hälfte, 51 % (36 %), der Unternehmen geht davon aus, dass die Inlandsumsätze nach oben gehen.

Einzelhandel - schwache Konsumnachfrage

Im Einzelhandel hat die Mehrwertsteuererhöhung zu spürbaren Umsatzeinbußen geführt. Deshalb bezeichnen nur noch 29 % (34 %) der Einzelhändler ihre derzeitige Geschäftssituation als gut, 19 % (15 %) sind unzufrieden.

Trotz der steuerbedingten Zusatzlasten und einem Dämpfer im 1. Quartal 2007 sind die Händler für die nächsten Monate etwas optimistischer gestimmt. Sie bauen darauf, dass die Konsumbereitschaft mit anhaltendem Konjunkturaufschwung und einer verbesserten Arbeitsmarktlage wieder zunimmt. So erwarten 25 % (22 %) der Unternehmen bessere Geschäfte, nur noch 9 % (17 %) sind pessimistisch.

Dienstleister – Optimismus auf breiter Front

Die bayerischen Dienstleister sind so zufrieden wie selten zuvor. Nur noch ganzen 2 % geht es schlecht. Dagegen herrscht bei 53 % der Unternehmen positive Stimmung.

Die Dienstleister sind davon überzeugt, dass es weiter aufwärts geht. Vor allem das Inlandsgeschäft wird weiter zunehmen. Insgesamt 54 % (49 %) erwarten höhere Umsätze. Dagegen herrscht auch bei den Dienstleistern Skepsis im Exportgeschäft: Nur noch 38 % (46 %) rechnen mit steigenden Umsätzen.

Investitionen als Konjunkturtreiber

Die optimistischen Erwartungen im Inlandsgeschäft beflügeln die Investitionsabsichten der bayerischen Wirtschaft. Über alle Branchen hinweg wollen 31 % (27 %) der Unternehmen ihre Investitionen erhöhen, 14 % (15 %) planen Kürzungen.

Vor allem sind weniger Rationalisierungsmaßnahmen vorgesehen, sondern es sollen wieder mehr Mittel in Kapazitätserweiterungen fließen. In der Industrie planen 39 % (37 %) der Unternehmen, diese Investitionen zu erhöhen. Damit zeigt die Wirtschaft, dass sie weiter an einen Aufschwung glaubt.

Genau diese Investitionen sind es auch, die der Binnennachfrage aktuell auf die Beine geholfen haben. Der Konsum dagegen war es nicht. Das bestätigen auch die amtlichen Daten des Statistischen Bundesamtes: Die Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland haben im 1. Quartal 2007 saisonbereinigt um 5,7 % zugelegt, während die privaten Konsumausgaben um 0,9 % zurückgegangen sind.

Investitionen bringen Jobs

Die gestiegenen Investitionen der bayerischen Wirtschaft haben bereits in den vergangenen Monaten zu mehr Jobs geführt. Die jetzt nochmals nach oben geschraubten Pläne

werden die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen weiter stärken.

Jedes vierte Unternehmen (21 %) will in-
zwischen Personal aufstocken. Notwendigen
Personalabbau befürchten in Bayern dagegen
nur noch 9 % (11 %) der befragten Unter-
nehmen. Der Aufschwung am bayerischen
Arbeitsmarkt wird sich daher auch im Jahr
2007 unvermindert fortsetzen.

Fazit

Die bayerische Wirtschaft befindet sich weiter
im Aufschwung und rechnet auch in den
kommenden Monaten mit einem stabilen
Wachstum. Die Binnennachfrage hat sich
neben den immer noch kräftigen Auslands-
umsätzen zu einer zweiten konjunkturellen
Stütze entwickelt. Die schwache Konsumnach-
frage konnte durch die Investitionen der Unter-
nehmen in vielen Branchen überkompensiert
werden. Die positive Entwicklung auf dem
Arbeitsmarkt stabilisiert den Aufschwung zu-
sätzlich.

Wem ist denn nun dieser offensichtlich stabile Aufschwung tatsächlich zu verdanken? Diese Frage ist in den vergangenen Wochen unzählige Male gestellt und noch öfter falsch oder gar unehrlich beantwortet worden. Die einen erklären den Aufschwung kurzerhand zum späten Erfolg der rot-grünen Vorgängerregierung – also der Agenda 2010 und ihrem Herzstück, den Hartz-Reformen. Die anderen hingegen deklarieren ihn klar als „Merkel-Aufschwung“ infolge der angeblich erfolgreichen Wirtschaftspolitik der Großen Koalition. Doch schon ein kurzer Blick zurück hilft Wunschdenken und Realität zu trennen:

Hartz-Reformen

Mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission im Jahr 2002 verband Kanzler Schröder das Ziel, die Arbeitslosenzahl bis 2006 zu halbieren. Darüber hinaus sollte durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe das gesamte Transfersystem effizienter und damit kostengünstiger werden.

Das Ziel, die Arbeitslosenzahl damit auf maximal zwei Millionen zu senken, konnte durch die Hartz-Reformen I bis III nicht erreicht werden. Auch die wissenschaftliche Überprüfung der Reformpakete durch namhafte Forschungsinstitute (z. B. ZEW, DIW, IAB) hat bestätigt, dass die meisten Maßnahmen keinen messbaren Effekt auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit hatten. So haben sich die Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung älterer Arbeitnehmer, das Transferkurzarbeitergeld und die Eingliederungszuschüsse als unwirksam erwiesen. Die Personal-Service-Agenturen (PSA) und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) vermindern nach Einschätzung der Experten sogar die Beschäftigungschancen von Arbeitslosen.

Allein die Einführung der Minijobs mit pauschalierten Sozialabgaben für die Arbeitgeber und die gesetzlichen Erleichterungen für die Zeitarbeitsbranche haben positive Spuren hinterlassen. Beide Maßnahmen haben den Unternehmen in spezifischen Bereichen des Arbeitsrechts mehr Flexibilität gebracht.

Schließlich wurden im Jahr 2005 im Rahmen der Hartz-IV-Reform Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld (ALG) II zusammengelegt. Statt aber wie geplant Kosten einzusparen, waren die Ausgaben beim Bund mehr als doppelt so hoch. Die Zahl der anspruchsberechtigten Personen war von der Politik deutlich unterschätzt worden. Die genaue Höhe der bislang aufgelaufenen Mehrkosten lässt sich nicht genau beziffern. Schätzungen aber reichen von einem niedrigen einstelligen Milliardenbetrag bis zu über zehn Milliarden Euro pro Jahr. Das Gesamturteil der Hartz-Reformen unter der Regierung Schröder fällt daher per Saldo negativ aus.

Aber auch der Großen Koalition ist es unter der Kanzlerin Merkel nicht gelungen, Fehlentwicklungen im Hartz-System zu stoppen.

Anstatt den Empfehlungen der wissenschaftlichen Evaluation zu folgen, hat die Koalition erfolgreiche Maßnahmen geschwächt und unwirksame bzw. schädliche Maßnahmen weiter ausgebaut. Einerseits stiegen die pauschalen Sozialabgaben bei den Minijobs um satte 20

Prozent und Zeitarbeitsunternehmen sollen – ginge es nach weiten Teilen der Koalition – besser heute als morgen auf einen Mindestlohn verpflichtet werden. Andererseits wurde die staatlich organisierte Beschäftigung, die sich bereits bei den ABM als schädlich für die Arbeitslosen erwiesen hatte, deutlich aufgestockt. Im Jahr 2006 gab es insgesamt über 340.000 dieser Jobs, ein Großteil davon in der so genannten Ein-Euro-Variante.

Meine Damen und Herren, kurz gesagt, der derzeitige Aufschwung hat nichts mit der Politik zu tun. Er ist das alleinige Produkt der Wirtschaft - mit allen Beteiligten: Unternehmer durch ihre Investitionen, Mitarbeiter samt Gewerkschaften durch Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren.

Auch die weiteren geplanten Reformen werden daran, so wie es derzeit aussieht, nichts ändern.

Im Gegenteil, Mindestlöhne, teure Kombilohnmodelle und von weiten Teilen der Politik unterstützte hohe Lohnforderungen stellen ein ernst zu nehmendes Risiko für die konjunkturelle Ent-

wicklung und damit für den Arbeitsmarkt dar. Strukturelle Reformen, wie der Kündigungsschutz am Arbeitsmarkt, wurden bislang nicht angepackt.

Selbst die gerade verabschiedete Unternehmensteuerreform ist alles andere als der erhoffte große Wurf. Die vom Bundesministerium der Finanzen errechnete Entlastung der Unternehmen von maximal 5 Mrd. Euro zeigt, dass mit keinem großen Effekt zu rechnen ist. Allein im Jahr 2006 hat der Staat von den Unternehmen aufgrund des konjunkturellen Aufschwungs Steuermehreinnahmen in dreifacher Höhe erhalten. Die Unternehmen werden durch die Unternehmensteuerreform also eindeutig zu wenig entlastet.

Zwar sinken durch die Reform die Steuersätze für im Unternehmen belassene Gewinne, so dass Deutschland in den internationalen Standortrankings nicht mehr Schlusslicht sein wird. Erkauft werden diese niedrigeren Steuersätze aber mit Steuerverschärfungen an anderer Stelle und vor allem mit mehr Bürokratie und einer weiteren Verkomplizierung des Steuerrechts.

Die Steuerreform beschert den Unternehmen insgesamt 23 neue Informationspflichten, während

nur 2 abgeschafft werden. Regelungen, wie die so genannte Funktionsverlagerung, die Zinsschranke und die Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer machen das Steuerrecht darüber hinaus unkalkulierbar und wirken letztendlich steuererhöhend.

Schließlich stellt sich die Frage, ob auch der Mittelstand von den Früchten der Reform profitiert. Einerseits wird der Mittelstand durch die Abschaffung der degressiven Abschreibung steuerliche Mehrbelastungen tragen müssen. Andererseits ist zu befürchten, dass viele kleine und mittlere Unternehmen im Gegenzug von den beschlossenen Steuersatzsenkungen nicht profitieren.

Zusammenfassend fällt daher auch die Bewertung der Steuerreform ernüchternd aus.

Ein weiteres Beispiel für eine nicht wachstumsgerechte Politik ist die Verwendung der unerwartet hohen Steuereinnahmen. Die sprudelnden Steuerquellen werden den derzeitigen Planungen zufolge leider nur zu einem geringen Teil für die Rückführung der Staatsverschuldung verwendet. Statt also den Raub-

bau an künftigen Generationen jetzt, wo es möglich ist, konsequent zu begrenzen, scheinen Ressortegoismen wieder jede ökonomische Vernunft im Keim zu ersticken.